

ablehnen. Unterstützung hat Clinton auch von seinen republikanischen Vorgängern Ford und Bush sowie von Bob Dole, seinem Gegenkandidaten bei der Wahl von 1996, erhalten. -we-

3 Verlegenheit angesichts der Vorgänge in Indonesien

Seit es um die Jahreswende 1997/98 in Indonesien zu Studentenprotesten, zu Übergriffen gegen Auslandschinesen und zum Sturz Suhartos gekommen ist, fühlt sich die chinesische Führung offensichtlich immer dann in eine peinliche Situation gedrängt, wenn sie auf „Indonesien“ angesprochen wird: Erstens nämlich wird ihr vorgeworfen, daß sie den dort bedrängten Huaren zuwenig Hilfe leiste und zweitens tauchen Parallelen zwischen der indonesischen und der chinesischen Korruption, ja zum Sturz Suhartos sowie zu möglichen chinesischen „Ähnlichkeiten“ auf.

Dem Vorwurf, daß China angesichts der Bedrängnis vieler Landsleute zu passiv geblieben sei, hält das chinesische Außenministerium (XNA in SWB, 16.5.98) entgegen, daß es sich bei den Vorgängen in Indonesien um „innere Angelegenheiten“ handle. China sei an der sozialen Stabilität und nationalen Einheit des Landes höchst interessiert.

Auch arbeitet China gern mit dem Argument, daß die doppelte Staatsangehörigkeit von Chinesen, die in Indonesien lebten, bereits seit 1955 abgeschafft sei: Die Huaren hätten sich entweder für Indonesien entschieden oder aber seien – in weitaus geringerer Zahl – chinesische Bürger geblieben.

Nur im letzteren Fall könne die VRCh sich angesprochen fühlen. In der Tat habe die chinesische Botschaft in Jakarta alles versucht, um bedrängte Landsleute (auch aus Hongkong) an sichere Orte zu bringen sowie Transportmöglichkeiten für sie zu arrangieren. Die Botschaft habe alle Hilfesuchenden registriert, bleibe in ständigem Kontakt mit ihnen und unterstütze diejenigen, die das Land verlassen wollten, durch Vermehrung der Flüge von Cathay Pacific Airlines und China Southern Airlines. Auch habe man die indonesischen Behörden für den Schutz der Chinesen sensibilisieren können (BRu, 1998/23, S.9).

Im übrigen sagte die VR China der Republik Indonesien Krisenhilfe zu. Zu diesem Zweck kam Außenminister Tang am 13. April nach Jakarta und führte mit seinem Amtskollegen

Ali Alatas Verhandlungen (SCMP, 13.4.98). China wolle Nahrungsmittel und Pharmazeutika in einem Wert von 3 Mio. US\$ zur Verfügung stellen. Eine besonders effiziente Hilfe sei es für Indonesien vor allem, daß China seine Währung nicht abwerte – und auf diese Weise für Indonesien nicht zu einer noch stärkeren Konkurrenz werde. Dies sei ein „großes Opfer“ für China.

Innenpolitisch bedrohlich sind Umzüge chinesischer Studenten, die immer häufiger auf Parallelen zwischen der indonesischen und der chinesischen Situation hinweisen. Sogar auf Beijings Hauptstraße, der Chang'an Jie, sind bereits Poster mit entsprechenden Aufschriften aufgetaucht (Berichte von Jesper Becker in SCMP, 25.5.98). -we-

4 Indisch-pakistanischer Nuklearwettbewerb

Mit einem Abstand von kaum zwei Wochen führten die beiden seit 1947 verfeindeten Nachbarn Indien und Pakistan, die auch bereits drei Kriege gegeneinander geführt haben, ganze Serien von Nukleartests durch, die möglicherweise das Menetekel zu einem neuen nuklearen Wettrüsten (auch anderer Staaten) sein könnten und auf die vor allem die VR China mit besonderer Empörung reagiert hat (näheres dazu Thema in diesem Heft). -we-

5 Empörung über den japanischen Tojo-Film

Anfang Mai kam es in Tokyo zur Uraufführung des von der Toei-Filmgesellschaft hergestellten Streifens über Tojo Hideko mit dem Titel *Stolz und Schicksal*.

Der Film beschreibt Lebensumstände des 1948 als Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilten Tojo und zeichnet Phasen des Kriegsverlaufs nach.

Am 14.5.98 veröffentlichte die *Renmin Ribao* einen bitterbösen Kommentar zu dem Film, der von „reiner Gangsterlogik“ durchzogen sei: Er beschreibe beispielsweise den Überraschungsangriff auf Pearl Harbour als eine „Selbstverteidigungsaktion“ zur Zerstörung der gegen Japan gerichteten Blockade. „Schamlos“ werde der Krieg als Teil der „nationalen Befreiungsbewegung in Asien“ hingestellt – so, als habe Japan die Rettung Asiens geplant. Wer auch nur über ABC-Kenntnisse der Geschichte verfüge, wisse, daß Japans Kriegshandlungen darauf gerichtet gewesen seien, die asiati-

schen Länder zu unterwerfen und zu kolonisieren.

In dem Film werde auch das Nanjing-Massaker, bei dem 300.000 unschuldige Chinesen von der japanischen Armee im Dezember 1937 niedergemetzelt wurden, als „eine Erfindung“ bezeichnet, die auf Gerüchten basiere.

Nicht zuletzt werde auch das Kriegsverbrecherverfahren gegen Tojo als „unfair“ und als „Rache von Gewinnern an einem Verlierer“ bezeichnet.

Der Film sei ein Machwerk – entstanden aus der Gedankenwelt rechtsgerichteter Extremisten.

Habe man vergessen, daß Tojo zusammen mit Hitler und Mussolini an einem Strang gezogen habe? Habe sich ferner der Plan zur Schaffung einer „Großasiatischen Wohlstandssphäre“ nicht im Sinne einer „Großasiatischen Provinz“ Japans ausgewirkt, und wie komme der Film eigentlich dazu, die Kriegsverbrechen Tojos mit den Verteidigungsaktionen des chinesischen Volkes auf eine Ebene zu stellen!? Der Film verwechsle von Anfang bis Ende Recht mit Unrecht (XNA, 24.5.98). -we-

Innenpolitik

6 Die Reorganisation der Regierungsorgane: strikte Vorgaben und bürokratische Widerstände

Die Reorganisation der Staatsratsorgane *unterhalb* der Ministerialebene, die nach der Regierungsumbildung im März zunächst offen geblieben war (siehe C.a., 1998/3, S.277-287), hat im April und Mai klare Konturen gewonnen.

Nach einer umfassenden Dokumentation der Beijing-nahen Hongkonger Zeitschrift *Weitwinkel* (GJJ, 1998/5, S.96-98) wird es künftig folgende Organe unterhalb der Ministerialebene geben (siehe im einzelnen die Dokumentation Liu Jen-Kais unter „China Monthly Data“ im hinteren Teil dieses Heftes):

- 17 DEM STAATSRAT DIREKT UNTERSTEHENDE ORGANE (*Guowuyuan zhishu jigou*). Darunter finden sich Organe mit umfassenden Kompetenzen wie beispielsweise die Staatlichen

Hauptverwaltungen für das Zollwesen, das Steuerwesen, den Umweltschutz, die Zivilluftfahrt sowie für Rundfunk und Fernsehen.

- 6 ARBEITSORGANE DES STAATSRATS (*Guowuyuan ban-shi jigou*). Hierzu gehören wichtige Staatsratsbüros, die sich mit auswärtigen Angelegenheiten, Hongkong- und Macau-Angelegenheiten oder auch mit der Gesetzgebungsarbeit befassen. Das Büro für die Sonderwirtschaftszonen (SWZ) wurde bemerkenswerterweise abgeschafft, was auf die geschwächte Stellung der SWZ im wirtschaftlichen und politischen System verweist.
- 18 NATIONALE BEHÖRDEN (*Guojia ju*), DIE MINISTERIEN/KOMMISSIONEN UNTERSTELLT SIND. In dieser Kategorie finden sich viele ehemalige sozialistische Branchenministerien, die nun zu Wirtschafts- und Regulierungsbehörden herabgestuft worden sind. Überraschend wurde die dem Finanzministerium unterstellte Nationale Staatsvermögensverwaltung aufgelöst, deren Arbeit angesichts eines anhaltenden Abflusses staatlicher Vermögenswerte offensichtlich als unbefriedigend eingeschätzt wurde.
- 9 INSTITUTIONEN DES STAATSRATS (*Guowuyuan shiye dan-wei*). Hier finden sich nicht nur die Xinhua-Nachrichtenagentur und die verschiedenen Wissenschaftsakademien, sondern auch die gestärkte Staatliche Kommission für die Wertpapieraufsicht und -regulierung (*SKWAR/Zhongguo zhengquan jiandu guanli weiyuanhui*), der eine Schlüsselstellung in der Finanzmarktregulierung zukommt.
- 20 KOORDINIERENDE UND TEMPORÄRE ORGANE (*xietiao jigou/linshi jigou*). Zur Koordination ressortübergreifender Aufgaben – von der Umsetzung des Chemiewaffen-Sperrvertrages über den Drei-Schluchten-Staudamm bis hin zur nationalen Armutsbekämpfung – sind solche Organe in der stark segmentierten chinesischen Bürokratie unverzichtbar. In dieser Kategorie wurden allerdings die tiefsten Einschnitte vorgenommen: Rund 20 Koordinations-

und temporäre Führungsorgane des Staatsrates wurden aufgelöst, ihre Funktionen von anderen Organen übernommen.

Im Hinblick auf die Reorganisation bzw. Auflösung von Staatsratsorganen hat die Partei- und Staatsführung somit klare Vorgaben gemacht. Die Verhandlungen über die verordnete Personal-Halbierung sowie über die Neuordnung von Abteilungen, Unterabteilungen und Referaten in den zentralstaatlichen Organen aber gestalten sich – wie nicht anders zu erwarten – äußerst schwierig.

Die von Zhu Rongji geforderten „Drei Festlegungen“ (*san ding*) – Festlegung der Funktionen, Organisation sowie des Personalumfangs – bereiten den meisten Staatsratsorganen große Schwierigkeiten, da für das freizusetzende Personal meist keine befriedigenden beruflichen Optionen gegeben sind (FT, 25.5.1998; *Ming Pao*, Hongkong, 15.5.1998, nach SWB, 16.5.1998)

Im Ministerium für Informationsindustrie beispielsweise, das aus einer Fusion zweier zuvor rivalisierender Ministerien hervorgegangen ist, treffen die Weisungen des Ministerpräsidenten Zhu Rongji zur Personalreduzierung (von rund 1.000 Personalstellen der beiden alten Ministerien soll das neue vereinte Ministerium nur 400 behalten) auf heftige Widerstände und rufen offene Feindseligkeiten unter dem Personal hervor. Der Minister für Informationsindustrie, Wu Jichuan, soll schon zweimal bei Zhu Rongji vorstellig geworden sein, um die Stellenobergrenze des Ministeriums zu erhöhen – offenbar ohne Erfolg. (SCMP, 26.5.1998; FT, 25.5.1998)

Nach Angaben der ZK-Organisationsabteilung, die für die Aufsicht über das Personal in politischen und bürokratischen Leitungspositionen zuständig ist, hat der Stellenumschlag im Zuge der Regierungsreorganisation beachtliche Ausmaße erreicht:

- Nur 36,1% der zuvor 515 Führungskader in 82 Staatsratsorganen sind auf ihren Posten geblieben;
- 48,2% hingegen haben neue Positionen innerhalb der Regierung angenommen;
- 15,7% sind in den Ruhestand getreten oder haben Funktionen außerhalb des Staatsrates angenommen.

Die Organisationsabteilung hebt als bedeutende Errungenschaft des jüngsten Revirements hervor, daß Spitzenpositionen nicht mehr nach dem Anciennitäts-, sondern vornehmlich nach dem Leistungsprinzip vergeben worden seien. (XNA, 15./16.5.1998) -hei-

7 Soziale Unruhe: Staatlich geduldete Petitionsaktivitäten, gewaltsame Vorfälle und neue Sicherheitsmaßnahmen

Die große Zahl von Arbeitskräften, die seit 1996 in unprofitablen Staatsunternehmen freigesetzt werden und keine neue Anstellung finden können, bildet ein beträchtliches soziales Unruhepotential. Insbesondere in Regionen, die durch einen überproportional hohen Anteil von defizitären staatlichen Großunternehmen geprägt sind (die nordöstlichen Provinzen sowie Sichuan sind hiervon besonders betroffen), sind Arbeiterkundgebungen inzwischen eine häufige Erscheinung.

Die Kundgebungen werden in der Regel nicht als wilder Protest mit Transparenten und Parolen abgehalten, sondern als stille, beharrliche „Präsentation von Petitionen“ (*qing-yuan*) und als dringliche Bitte, das den Arbeitern von Betriebsleitungen oder Behörden angetane Unrecht (von kurzfristigen Entlassungen über Lohnrückstände bis hin zu betrügerischen Machenschaften des Betriebsmanagements) zu korrigieren.

Die kollektive Einreichung von Bittgesuchen, die zum festen Repertoire sozialen Protests im vormodernen China gehörte, hat in den vergangenen Jahren in der kommunistischen Volksrepublik einen gleichsam legitimen Status erlangt und wird von den Sicherheitsorganen in der Regel geduldet. De facto haben sich damit die Spielräume zur Abhaltung von Demonstrationen gegen soziale Mißstände in der VR China erweitert, auch wenn die formal-rechtliche Absicherung der Demonstrationsfreiheit weiterhin aussteht.

Neben den meist friedlichen Petitionsaktivitäten haben sich im Frühjahr dieses Jahres jedoch auch einige äußerst gewaltsame Vorfälle ereignet: von blutigen Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem staatlichen Verbot von Direktverkaufsgeschäften (Tür-zu-Tür-Verkauf von schwer absetzbaren Konsumartikeln mit erheblichen finanziellen Risiken für die Direktverkäufer und riesigen Profiten für

die oft zwielichtigen Zwischenhändler) bis hin zu Bombenexplosionen in Wuhan und Fuzhou.

Wie nervös die politische Führung ist, zeigten die extremen Sicherheitsvorkehrungen, die im Mai aus Anlaß einer Parteikonferenz in Guangzhou getroffen wurden. Der Tagungsort wurde durch eine große Zahl von Sicherheitskräften weiträumig und hermetisch abgeriegelt. (*Ming Pao*, 23.5.1998, nach SWB, 7.5.1998)

Die Sicherheits- und Justizorgane sind in jüngster Zeit in mehreren Dokumenten zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen worden. Im April und Mai fanden mehrere hochrangige Konferenzen der Ministerien für Öffentliche Sicherheit bzw. für Staatssicherheit sowie auch der Bewaffneten Volkspolizei statt, in denen neue Sicherheitsmaßnahmen mit Blick auf die wachsenden sozialen Spannungen erörtert worden sein sollen.

Im nicht veröffentlichten ZK-Dokument 5/1998 sollen alle Partei- und Regierungsstellen dazu aufgerufen worden sein, der Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität und der Bekämpfung sozialer Unruhefaktoren allerhöchste Priorität einzuräumen. (SCMP, 6.5.1998) Auch wurden die Propaganda-Abteilungen der Kommunistischen Partei angewiesen, ihre Kontrolle über die Medienberichterstattung zu Beschäftigungsfragen zu verstärken, um ungünstigen Entwicklungen in der öffentlichen Meinung entgegenzuwirken. (*Ming Pao*, 6.5.1998, nach SWB, 7.5.1998) -hei-

8 Xinjiangs Unruhepotential – Interview mit dem Parteisekretär

Der höchstrangige Politiker in der „Autonomen Region“ Xinjiang – der han-chinesische Sekretär des Parteikomitees der Region, Wang Lequan – hat in einem Interview mit der Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* (26.5.1998, nach SWB 29.5.1998; die *Wen Wei Po* gehört zu den von China kontrollierten Zeitungen Hongkongs) seine Einschätzung der Probleme und Potentiale Xinjiangs dargelegt.

Wang gestand ein, daß es in der Vergangenheit ein Fehler gewesen sei, über separatistische Bewegungen und Vorfälle in Xinjiang nicht offener berichtet zu haben. Muslimischen Aktivisten und chinakritischen Medien im Ausland sei es deshalb möglich gewesen, einzelne Vorfälle aufzubauschen

und für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren.

Tatsächlich habe eine Reihe gewalt-samer Zwischenfälle seit dem Jahre 1990 stattgefunden (siehe hierzu C.a. 1997/2, S.116-117), die insbesondere durch den Zerfall der Sowjetunion und die Dynamik des ethnischen Nationalismus in den ehemals sowjetischen Grenzgebieten befördert würden. Das Ausmaß dieser Vorfälle und die Zahl der beteiligten Menschen aber seien von ausländischen Medien übertrieben worden. Die Zahl der ethnischen Separatisten und radikalen Terroristen sei äußerst klein, die Unterstützung für radikale Kräfte sei in der muslimischen Bevölkerung sehr schwach und beschränke sich auf einige wenige Gebiete.

Ein fundamentales und ungelöstes Problem in der politischen und sozialen Entwicklung Xinjiangs sieht Wang Lequan darin, daß nur eine äußerst kleine Zahl von Dorfvorstehern der 47 ethnischen Volksgruppen in Xinjiang überhaupt Chinesisch spreche. In den achtziger Jahren sei eine große Zahl von Han-Kadern, die auch die lokale Sprache gesprochen hätten, in andere Regionen verzogen oder versetzt worden. Die Kommunikation zwischen Behörden oberhalb der Kreisebene mit Repräsentanten der verschiedenen Volksgruppen in der ländlichen Gesellschaft sei dadurch massiv behindert.

Große Hoffnungen setzt der Parteisekretär auf die groß angelegten Infrastrukturprojekte, die in den vergangenen Jahren mit Finanzmitteln der Zentralregierung in Gang gesetzt wurden. Die Zuwendungen der Zentrale für solche Projekte hätten in den letzten Jahren um jährlich rund 20% zugenommen. Der Ausbau der Verkehrswege, der Wasserversorgung sowie der Post- und Telekommunikationsnetze komme voran. Dies werde eine günstige Grundlage für die mittel- und langfristige Entwicklung Xinjiangs bilden. -hei-

9 Hochrangige Kader wegen Korruption verurteilt: Bestechung und Ämterkauf

Im Mai sind mehrere hochrangige Partei- und Staatsfunktionäre aufgrund von Korruptionsvergehen ihrer Ämter enthoben oder von Gerichten offiziell verurteilt worden.

Der ehemalige Stellvertretende Vorsitzende der „Autonomen Region“ Guangxi, Xu Bingsong (ein Kader im Range eines Vizeministers), wurde mit

Zustimmung des regionalen Volkskongresses verhaftet. (SCMP, 26.5.1998; FAZ, 26.5.1998) Seit 1986, als er noch im südöstlichen Guangxi als lokaler Parteisekretär fungierte, häufte Xu in großem Stile privaten Reichtum an und stand in der Region schon lange im Verdacht der Korruption: Er soll voluminöse Bestechungsgelder angenommen und einen schwinghaften Handel mit der Vergabe öffentlicher Ämter getrieben haben. Xu wurde deshalb schon seit einigen Jahren mit dem Spitznamen „Millionär Xu“ bedacht.

Dennoch wurde er 1992 in das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden der Autonomen Region befördert und noch Anfang dieses Jahres in dieser Funktion bestätigt. Dies wäre ohne Unterstützung durch den amtierenden Parteisekretär der Autonomen Regionen nicht denkbar gewesen. Erst das Eingreifen der Disziplinarkontrollkommission des KP-Zentralkomitees führte zur Amtsenthebung und Verhaftung des korrupten Funktionärs. Der Fall Xu Bingsong wirft ein äußerst ungünstiges Licht auf die ineffektiven politischen Kontrollen, die das chinesische Regierungssystem kennzeichnen.

In der Provinz Heilongjiang wurde der ehemalige Erste Stellvertretende Bürgermeister der Provinzhauptstadt Harbin, Zhu Shengwen, zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. (*Heilongjiang Ribao*, 21.5.1998, nach SWB 22.5.1998) Zhu wurde schuldig befunden, in mehrere schwerwiegende Wirtschaftsverbrechen verwickelt zu sein und in seiner fünfjährigen Amtszeit in 19 Fällen Bestechungsgelder akzeptiert zu haben. Aus Zhus Privatvermögen wurden rund 930.000 RMB Yuan an Geldwerten und mehr als 1.100.000 RMB Yuan an Sachwerten konfisziert. Gleichzeitig mit Zhu wurde noch ein weiterer Spitzenfunktionär der Stadtverwaltung wegen Bestechlichkeit zu einer elfjährigen Haftstrafe verurteilt. Auf die politische Führung Harbins dürfte damit insgesamt der Verdacht der Korruption oder zumindest der Duldung solcher Machenschaften fallen

Ebenfalls in der Provinz Heilongjiang wurde der ehemalige Erste Parteisekretär der Großstadt Qiqihar, Wang Shubin, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. (XNA 27.5.1998) Wang war bereits zuvor durch die ZK-Disziplinarkontrollkommission seiner Ämter enthoben und von der lokalen Staatsanwaltschaft angeklagt worden. Ihm wird vorgeworfen – im Hinblick auf die möglichen Korruptionseinnahmen –, lukrative Posi-

tionen in der städtischen Polizeiführung nach der Zahlung von Bestechungsgeldern vergeben zu haben.

Diese drei spektakulären Fälle können dazu dienen, die Abgründe der Korruption zu illustrieren, die sich in der politischen Ordnung der VR China auf tun und auch hohe Führungsebenen erfassen: Die starken Anreize zur korruptiven Abschöpfung, die von umfassenden politischen Verfügungsrechten im Wirtschaftsleben sowie mangelnden Kontrollen gegenüber leitenden Funktionären ausgehen, können durch einzelne Strafverfahren nicht eingedämmt werden. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

10 Hundert Jahre Beida

Am 4. Mai 1998 feierte die Beijing-Universität, kurz Beida genannt, ihr hundertjähriges Jubiläum. Sie wurde 1898 im Zuge der Reformbewegung unter der Führung Kang Youweis und Liang Qichaos gegründet und war die erste moderne Universität Chinas und zugleich die erste staatliche Universität, die von der Zentralregierung betrieben wurde. Sie trug zunächst den Namen „Jingshi daxue tang“, erst 1912 erhielt sie die heutige Bezeichnung „Beijing daxue“. Heute zählt sie zu den führenden Hochschulen des Landes. Die Beida hat eine wechselvolle Geschichte, in deren Verlauf sie häufig eine Vorreiterrolle für das Land spielte. So waren es Dozenten und Studenten der Beida, die den „Zwischenfall vom 4. Mai 1919“ anführten, jene anti-imperialistische Protestbewegung, die sich zur kulturellen Revolution ausweitete und unter dem Schlagwort „Demokratie und Wissenschaft“ eine grundlegende Modernisierung und Erneuerung Chinas anstrebte. Diese Bewegung wird heute als patriotisch gerühmt. Eine weniger rühmliche Rolle spielte die Beijing-Universität in der Kulturrevolution, woran sich anlässlich des Jubiläums freilich niemand erinnern mochte. (Zur Geschichte der Universität vgl. den Überblick in GMRB, 2.5.98, S.1-2; s.a. RMRB, 5.5.98.)

Die Jubiläumsfeierlichkeiten selbst fanden in großem Rahmen statt. Nicht nur waren hochrangige Politiker zahl-

reich vertreten, sondern es waren auch Tausende von ehemaligen Beida- Absolventen angereist (die SCMP sprach von 50.000 - Internet Ed., 5.5.98); darüber hinaus nahmen zahlreiche ausländische Gäste, darunter ca. 60 Präsidenten der prestigereichsten Hochschulen der Welt, teil. Besondere Erwähnung verdient die Teilnahme des Präsidenten der Universität Taiwan, Wei Jao Chen, und des Präsidenten der Academia Sinica auf Taiwan, Lee Yuan-tse (XNA, 3.5.98; SCMP, Internet Ed., 4.5.98). Zwischen der Beida und der Universität Taiwan besteht seit den achtziger Jahren ein Kooperationsabkommen, in dessen Rahmen die Zusammenarbeit auf den Gebieten traditionelle chinesische Kultur, Philosophie, Psychologie, Geschichte und Wirtschaft gepflegt wird, aber auch Wissenschaftler austausch, Sportveranstaltungen usw. durchgeführt werden.

Als Auftakt zum Jubiläum fand am 2. und 3. Mai ein internationales Forum mit über 60 ausländischen und gut 30 inländischen Universitätspräsidenten zum Thema „Die Universität des 21. Jahrhunderts“ statt. Die Eröffnungsrede zu diesem Symposium hielt der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing. Er betonte vor allem die immer wichtiger werdende Rolle der Bildung. Die chinesische Regierung messe dem Bildungswesen große Bedeutung bei, wie insbesondere in der Politik zum Ausdruck komme, daß Wissenschaft und Bildung China zur Blüte bringen sollen. Bei der Modernisierung müsse sich China auf das Bildungswesen stützen, und dieses habe der Modernisierung zu dienen. (RMRB, GMRB, 3.5.98)

Beim offiziellen Festakt zum 100. Jubiläum der Beida in der Großen Halle des Volkes, an dem 8.000 Gäste teilnahmen, wurde deutlich, daß Partei und Regierung den Anlaß zur Propagierung ihrer gegenwärtigen Politik nutzten. Entsprechend standen die Betonung von Wissenschaft und Bildung, die Politik der Öffnung und Wissenschaftskooperation sowie nicht zuletzt der Patriotismus im Mittelpunkt aller Reden. Neben dem Beida-Präsidenten Chen Jia'er, der die Eröffnungsrede hielt, sprachen die Präsidenten der Qinghua-Universität, Wang Dazhong, und der Universität Oxford, Colin Lucas, sowie als Hauptredner Staatspräsident Jiang Zemin. (Vgl. RMRB, GMRB, 5.5.98)

Jiang Zemin erinnerte in seiner Rede (Wortlaut abgedruckt in RMRB, GMRB, 5.5.98) daran, daß die Gründung der Beida vor 100 Jahren aus patrioti-

chem Geist heraus erfolgte mit dem Ziel, das Land durch moderne Wissenschaft zu stärken und der durch die ausländischen Mächte entstandenen nationalen Gefahr mit neuen wissenschaftlichen Kenntnissen zu begegnen. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts habe das chinesische Volk „unter der Führung der Kommunistischen Partei“ für seine Unabhängigkeit gekämpft und das Neue China gegründet, um in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, wiederum unter Führung der KPCh, ein wohlhabendes und starkes Land aufzubauen. Nach verschiedenen Versuchen habe man jetzt „den richtigen Weg“ zum Aufbau eines „Sozialismus chinesischer Prägung“ gefunden. Damit führe man der Welt vor Augen, daß die chinesische Nation in eine glänzende Zukunft mit einem umfassenden Wiederaufstieg blicke. Die Beijing-Universität habe eine ruhmreiche Tradition des Patriotismus und Fortschritts, der Demokratie und Wissenschaft vorzuweisen. Jiang rief die Universität, vor allem die Studenten, dazu auf, an diese Tradition heute anzuknüpfen.

Unter Hinweis auf die Aufgabe, durch Wissenschaft und Bildung den Aufschwung Chinas herbeizuführen und das Land stark zu machen, appellierte der Präsident an die Universitäten, hochqualifizierte, kreative Fachleute auszubilden, die in der Wirtschaft benötigt würden. Dahinter steht die Auffassung der Partei, daß Hochschulbildung in erster Linie der wirtschaftlichen Entwicklung und der Stärkung des Ansehens Chinas zu dienen habe, was soviel bedeutet, daß sie keinen Wert an sich darstellt. Außer Fachkenntnisse zu erwerben sollen die Studenten sich auch moralisch vervollkommen (*xiuyang*), d.h. sie sollen eine feste ideologische Grundlage, die richtige Weltanschauung und Lebensauffassung und die richtigen Wertvorstellungen haben. Vor allem sollen sie dem Vaterland und dem Volk dienen. In Jiangs Rede spielte dieser Aspekt, daß die studentische Jugend sich mit ihren fachlichen und moralischen Qualitäten für das Vaterland einsetzen soll, eine vorrangige Rolle. Von hier fiel es Jiang leicht, einen Bogen zur Bewegung des 4. Mai zu schlagen, denn ebenso wie die heutige Jugend ihre Kraft für das Vaterland einsetzen soll, so wird auch die 4.-Mai-Bewegung einseitig als patriotische Bewegung gesehen, deren Ziel die Wiederbelebung Chinas gewesen sei. Seit den achtziger Jahren ist es üblich geworden, den Patriotismus, der heute praktisch als Ersatzideologie für den überlebten Marxismus dient, als einziges Motiv der 4.-